

KINDERARMUT – 5 SÄULEN FÜR GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE – ALLE KINDER IN BERLIN ERLEBEN TEILHABE UND WACHSEN IN WOHLERGEHEN AUF

Beschluss der
CDU-Fraktion Berlin

16. Oktober 2022



KINDERARMUT – 5 Säulen für gleichwertige Lebensverhältnisse – alle Kinder in Berlin erleben Teilhabe und wachsen in Wohlergehen auf

Nahezu jedes vierte Kind in Berlin wächst in Armut auf. Berlin ist damit bundesweit trauriger Spitzenreiter im Bereich der Kinderarmut und obwohl das Problem seit Jahren immer drängender wird, gelangt dieses Thema selten an die Öffentlichkeit, geschweige denn in den politischen Diskurs.

Die aktuellen Krisen verschärfen die Situation. Kinderarmut war schon immer gleichzeitig auch Familienarmut. Die Energiekrise und die steigende Inflation sorgen dafür, dass auch bisher finanziell gut aufgestellte Familien in existenzielle Schwierigkeiten und Kinder somit in potentielle Armutsgefahr geraten.

Deshalb müssen jetzt Maßnahmen ergriffen werden, um Kinder vor Armut zu schützen. Die Folgen von Kinder- und Familienarmut sind auszugleichen und möglichst zu verhindern.

1. Ernährung

- Eine gesunde und kindgerechte Ernährung beeinflusst das Wohlbefinden. Es ist deshalb von großer Wichtigkeit, dass Familien sich eine gesunde und ausgewogene Ernährung auch leisten können. Wir setzen uns daher für eine gesundheitsfördernde Besteuerung von Lebensmitteln ein, um Ernährungsarmut zu bekämpfen. Grundnahrungsmittel und gesunde Lebensmittel, wie beispielsweise Obst und Gemüse, würden dann beispielsweise mit 0 Prozent besteuert werden können. Lebensmittel wie Nudeln oder Milch würden weiterhin mit 7 Prozent veranschlagt werden und stark verarbeitete und zuckerhaltige Nahrungsmittel würden zukünftig mit 19 Prozent besteuert. Unabhängig davon halten wir von an einer krisenbedingten Mehrwertsteuersenkung fest. So sinken die Kosten für eine gesunde Nahrungsmittel und Familien wird eine ausgewogene Ernährung erleichtert. Wir werden sicherstellen, dass die Preissenkung beim Endverbraucher ankommt.

- Jedes fünfte Kind kommt hungrig in die Schule. Wie soll ein Kind aber mit leerem Magen dem Unterricht folgen? Wir wollen deshalb Initiativen und Projekte stärken, die Kindern in sozial benachteiligten Kiezen ein gemeinsames Frühstück in der Kita oder Schule ermöglichen. Kochkurse sind ein gutes Mittel, um Kinder und Jugendliche für eine gesunde Ernährung zu begeistern. Außerdem lernen sie dort die Zubereitung von Speisen, Einkäufe zu kalkulieren und sie erweitern ihren kulinarischen Horizont. Damit Schulen im Ganztagsbereich und Jugendfreizeiteinrichtungen verstärkt solche Kurse anbieten können, wollen wir weitere finanzielle Mittel im Rahmen der „Verbraucherbildung“ zur Verfügung stellen.

2. Soziale Infrastruktur

- Soziale Einrichtungen wie die Berliner Tafel, die Arche, aber auch andere soziale Vereine oder Jugendfreizeiteinrichtungen, die gegen Kinderarmut kämpfen, leiden unter den Kostensteigerungen durch die Energiekrise und die wachsende Inflation. Wir wollen ihnen Sicherheit geben und fordern, dass sämtliche zusätzliche Kosten in Folge der Energiekrise durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen beglichen werden, so dass der Betrieb, die Angebote und die Aufgaben der Institutionen ohne Einschränkungen angeboten und erfüllt werden können.
- Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und insbesondere Alleinerziehenden die Teilnahme am Berufsleben ermöglichen. Die Betreuungsangebote für Kinder, insbesondere aus Ein-Eltern-Familien, außerhalb des Rechtsanspruchs, müssen deshalb ausgebaut und flexibel und ohne Nachweis der Inanspruchnahme zur Verfügung stehen. Beispielhaft kann dafür das Modell Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten (MoKiS) herangezogen werden. Solche Projekte ermöglichen es Kindern, im sozial geschützten Raum Angebote zu erhalten und Eltern können Arbeitsangeboten nachgehen, deren Dienstzeiten nicht in den regulären Betreuungszeiten liegen.
- Laut Experten steigert eine längere und qualitativ hochwertige Betreuung die Chancengerechtigkeit für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Die Ganztagsbetreuung in den Schulen muss deshalb ausgebaut und intensiviert werden, um insbesondere in Zeiten des akuten Lehrermangels, eine Verkürzung der Schulzeit und somit eine reduzierte Betreuung der Schülerinnen und Schüler zu verhindern. Dafür müs-

sen die Schulen in die Lage versetzt werden, verstärkt und unkompliziert Kooperationen mit Vereinen, Musikschulen, Sportvereinen, Jugendfreizeiteinrichtungen oder anderen Institutionen einzugehen. Dabei kann es sich um Angebote direkt vor Ort an der Schule aber auch an anderen Standorten in der Kiezumgebung der Schule handeln. Wir wollen die finanziellen Voraussetzungen und die Rechtsgrundlage für eine geklärte Versicherungsfrage schaffen.

- Eine gute Sozialarbeit in Kita und Schule ist für benachteiligte Kinder eine wichtige Unterstützung zur Wahrnehmung ihrer Chancen. Wir wollen deshalb die Sozialarbeit in Kita und Schule schnell und umfassend ausbauen. Dafür muss die Möglichkeit geschaffen werden, Lehrer-Vollzeitäquivalente flexibel und unkompliziert, mit der Möglichkeit auf Rückabwicklung, in eine Stelle für Sozialarbeit umzuwandeln. Der Ausbau von Kita-Sozialarbeit muss im nächsten Haushalt verankert werden. Weiterhin muss in ausgewählten Kiezen die Möglichkeit für aufsuchende Sozialarbeit geschaffen werden, mit Anschluss in Bildungs- oder Jugendfreizeiteinrichtungen. Dafür sollen die verbleibenden Corona-Mittel aus dem Corona-Förderprogramm „Stark trotz Corona“ nach Ablauf des 31.10.2022 aus Säule 1 umgewidmet und stattdessen für diesen Bereich verwendet werden.
- Sportstätten und -vereine sind häufig die erste Anlaufstelle für Kinder in Armut und haben einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag. Sie dienen dem sozialen und kommunikativen Miteinander und fördern insbesondere die Soft Skills unserer Kinder, wie Teamfähigkeit, Durchhaltevermögen, Widerstandskraft und noch vieles mehr. Wir wollen deshalb die bezirklichen Mittel für Investitionen in Sportanlagen erhöhen, um die bestehenden Anlagen zu sanieren, zu erhalten und bestenfalls deren Angebot auszubauen.

3. Bildung

- Es ist toll, wenn sich Menschen für andere Menschen ehrenamtlich engagieren, um sie im Alltag und auf dem Bildungsweg zu unterstützen. Sie leisten damit einen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Patenschaftsprogramme, wie zum Beispiel das Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ müssen deshalb verstetigt, ausgebaut und auf Landesebene verankert werden.

- Lernmaterialien und Nachhilfe können für einkommensschwächere Familien schnell zu teuer werden, dies gilt insbesondere in der aktuellen Situation. Die Vergleichsarbeiten VERA 3 und VERA 8 haben zusätzlich verdeutlicht, wie wichtig passgenaue Hilfen sind, um Lernlücken zu schließen. Für uns ist die Ausgabe von Bildungsgutscheinen die richtige Antwort zur Unterstützung. Sie sind ein wesentlicher Baustein, um Bildungserfolg und soziale Herkunft zu entkoppeln.
- Kultur spielt in der Möglichkeit von gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation eine entscheidende Rolle. Häufig bleibt in Familien mit finanziellen Problemen gerade dafür keine Möglichkeit mehr. Deshalb sollen Kulturgutscheine ähnlich wie bei dem Umgang mit geflohenen Menschen, Kindern aus sozial schwachen Familien insbesondere für den Bereich Kultur, Sport und Freizeit zur Verfügung gestellt werden.
- Der berlinpass ist ein gelungenes Modell, das den vergünstigten Zugang zu Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeitangeboten ermöglicht und so einkommensschwachen Familien die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtert. Inzwischen wurde er von vielen Bundesländern nachgeahmt. In der aktuellen Situation mit Energiekrise und Inflation wollen wir die Bemessungsgrenze für den Erhalt des berlinpasses neu setzen, um momentan belastete Familien mit in das Angebot aufzunehmen.
- Kleine Klassen sorgen für besseres Lernen und das hilft besonders Kindern mit Förderbedarf. Die 20.000 fehlenden Schulplätze in Berlin sorgen aber für das genaue Gegenteil und dafür, dass Bildung weder quantitativ und insbesondere auch qualitativ nicht gut gemacht wird. Für einige Familien bedeutet das außerdem lange und beschwerliche Schulwege in Kauf zu nehmen, welche das Zusammenleben zusätzlich erschweren. Wir wollen deshalb schnell für Entlastung in diesem Bereich sorgen und mit einem Sonderbaurecht (Anwendung von § 246 BauGB) den Schulneu- und -ergänzungsbau beschleunigen.
- In der Vereinbarung zur Umsetzung des „Aktionsprogramms Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022 von Bund und Ländern steht klar und deutlich, dass die Schulschließungen zu starken Belastungen innerhalb der Bildungsbiografien von Schülerinnen und Schülern geführt haben und die Betroffenen deshalb schnellstmöglich dabei unterstützt werden müssen, ihren Bildungsweg erfolgreich fortzusetzen. Leider wurden im Rahmen des Aktionsprogrammes und der Folgeprogramme viel zu wenig finanzielle Mittel abgerufen und anschließend die Mittel für 2023 entsprechend gekürzt. Das ist aus unserer Sicht das völlig falsche Signal. Der Mittelabruf der Fördermittel muss stattdessen bis zum Ende des Jahres 2023 verlängert werden.

4. Gesundheit

- Armut kann bei Kindern Stress auslösen und dies äußert sich dann auf ganz unterschiedliche Weise. Hinzu kommt, dass die Zahlen an psychologischen Erkrankungen unter Kindern und Jugendlichen insgesamt steigen. Wir wollen deshalb, dass psychotherapeutische Beratungsangebote in Schule und Kita ausgebaut werden. Darüber hinaus setzen wir uns für ein niedrigschwelliges Erstangebot in der Beratung von Kindern und Jugendlichen ein, die ihre belastenden Sorgen und Gedanken teilen möchten. Dafür soll eine „anonyme digitale Kummer-Briefkasten - App“ entwickelt werden. Auch sind Kooperationen mit Psychologie-Studenten denkbar, die ein „Sorgentelefon“ für Kinder und Jugendliche betreiben.
- Das Thema psychische Gesundheit muss zusätzlich auch Eingang in Unterrichtsformate finden. Darüber muss mit Schulleitungsverbänden und Fachbereichen gesprochen werden. Denkbar sind auch verpflichtende Projekte mit externen Kooperationspartnern, wie es sie auch in anderen schulischen Bereichen gibt. Als Auftakt könnte ein Thementag am European Depression Day dienen.
- Der Bereich der Familienberatung nimmt im Sinne der Prävention und des Kinderschutzes eine herausragende Rolle ein. Deshalb sollte dieses Angebot auch niedrigschwellig in Kita und Schule vorhanden sein. Für einige Familien ist aber auch die Annahme dieses Angebotes noch schwierig, so dass auch der Bereich der aufsuchenden Familienberatung dringend ausgebaut werden soll. Diese Formate sollten im Zusammenhang mit dem Ausbau der Familienzentren gedacht werden.
- Eine lückenlose Gesundheitsdokumentation ist für eine optimale Förderung und Forderung von Kindern und Jugendlichen unabdingbar. Insbesondere bei den Übergängen im Bildungssystem kommt es immer wieder zu wichtigen Zeitverlusten durch den fehlenden Transfer. Deshalb müssen die bereits in der frühkindlichen Betreuung erkannten und diagnostizierten Förderbedarfe von der Institution Kita lückenlos an die Institution Schule übergeben werden. Nur so werden unnötige Zeitverluste vermieden und den Kindern bestmögliche Förderung angeboten.
- Die Berliner Babylotsen informieren werdende Mütter und Väter, bei denen eine Überforderung befürchtet wird, über bestehende Angebote rund um die Geburt eines Kindes. Das Präventionsprogramm ist ein Erfolg und hat seine Wirksamkeit bewiesen. Wir wollen das Programm deshalb ausbauen und stärken.

5. Beratung und Organisation

- Wer aktuell Familienleistungen beantragen will, braucht viel Druckerpapier und Ausdauer. Damit muss Schluss sein. Wir setzen uns für eine komplette Digitalisierung der Beantragung von Familienleistungen gebündelt in einer App ein. Nur dann handelt es sich um ein niedrighschwelliges und vereinfachtes Angebot.
- Die Familienservicebüros unterstützen kostenfrei bei Anträgen und beraten bei finanziellen oder familiären Problemen. Ihre Niederlassungen sollen sich insbesondere an der Sozialraumstruktur orientieren. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass es möglichst mehrere kleine Angebote in den Kiezen gibt und diese möglichst nicht in institutionellen Strukturen unterkommen. Aus unserer Sicht sind sie ein wichtiges und niedrighschwelliges Angebot, das die Teilhabe für Familien verbessert. Die Familienservicebüros wollen wir deshalb ausbauen. Gleichzeitig müssen die familienpolitischen Leistungen und Beratungsangebote gebündelt und vereinfacht werden, so wie es das auf Bundesebene verabschiedete Digitale-Familienleistungs-Gesetz vorsieht.
- Zusätzlich wollen wir das Leistungsspektrum der Familienservicebüros in der aktuellen Situation ausweiten. Familien haben aktuell auch in den Bereichen Energie- und Sozialberatung einen erhöhten Bedarf. Dafür sind Fortbildungen der Mitarbeiter und eine gute Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Informationsmaterialien in unterschiedlichen Sprachen und in leichter Sprache müssen in den Büros zur Verfügung stehen.
- In der aktuellen Situation mit Inflation und Energiekrise haben bedürftige Familien mit minderjährigen Kindern schon genug Sorgen. Wir wollen, dass Wohnungsverdrängungen von solchen Familien im Rahmen von SGB II-Sanktionen ausgesetzt werden.
- Armut und Alleinerziehende haben eine direkte Korrelation, das hat die Wissenschaft schon mehrmals nachgewiesen. Umso wichtiger scheint es, Alleinerziehende wirksam in der Berufsausbildung und Arbeitssuche zu unterstützen. Dafür ist eine Berufsausbildung in Teilzeit eine gute Lösung. Was Betriebe schon länger ermöglichen, ist in Berufsschulen bisher ausgeschlossen. Das wollen wir ändern, indem wir die Rahmenlehrpläne und die institutionellen Strukturen entsprechend anpassen.
- Weiterhin soll das Kindergeld nur noch hälftig auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Der Freibetrag des Wohngeldgesetzes für Alleinerziehende muss erhöht werden und der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende in einen Steuerabzugsbetrag, das heißt Abzug von der Steuerschuld umgewandelt werden.

- In den Bezirken wird eine berlinweit einheitliche Präventionsstrategie mit Mindestangeboten in Kooperation/Abstimmung zwischen den Gesundheits- und Jugendämtern sowie den Schulen verbindlich festgelegt und jeweils sozialraumorientiert ergänzt.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

- ☎ Telefon: (030) 23 25 21 15
- ☎ Telefax: (030) 23 25 27 65
- ✉ mail@cdu-fraktion.berlin.de
- 🌐 www.cdu-fraktion.berlin.de

